



Bundestags- brief

Nr.46 • Die Woche im Bundestag • 14.11.2008



DEUTSCHER BUNDESTAG

**Prof. Monika
Grütters, MdB**

Tel.:030/227 70222

Fax:030/227 76223

monika.gruetters@
bundestag.de

www.monika-gruetters.de

Roland Koch bleibt Ministerpräsident, Ypsilanti gescheitert, Linksbündnis in Hessen verhindert:

Das entschlossene Nein der vier hessischen SPD-Landtagsabgeordneten zum eklatanten Wortbruch der hessischen SPD macht es möglich, ein drohendes Linksbündnis in Hessen doch noch abzuwenden. Gewinner sind das Land Hessen und seine Bürger, denen eine wirtschaftsfeindliche Landespolitik erspart bleibt. Das Scheitern der hessischen SPD-Partei- und Fraktionsvorsitzenden ist zugleich die Chance für einen konstruktiven Neuanfang in Hessen.

Aus purer Machtversessenheit hat Andrea Ypsilanti ihre eigenen Interessen über die der Bürgerinnen und Bürger in Hessen gestellt. Anstatt zügig die einzig mögliche Konsequenz aus dem Wahlergebnis zu ziehen und eine Große Koalition unter Führung von Roland Koch zu bilden, hat Frau Ypsilanti mit Rückendeckung ihrer Partei diese Möglichkeit kategorisch ausgeschlossen. Stattdessen hat sie unter Bruch ihres zentralen Wahlversprechens die Zusammenarbeit mit der Linkspartei gesucht, ungeachtet der historischen Vorbelastung dieser Partei und ihres problematischen Verhältnisses zu unserer Verfassung. Auch die Tatsache, dass die überwältigende Mehrheit der hessischen Bürgerinnen und Bürger die Zusammenarbeit mit der Linkspartei ablehnt, störte sie nicht.

Für ihren Wortbruch konnte Frau Ypsilanti auf die Rückendeckung der SPD-Bundesvorsitzenden Beck und Müntefering setzen. Letzterer hatte ihr noch am vergangenen Montag öffentlich die Daumen gedrückt. Auch SPD-Kanzlerkandidat Steinmeier hat keinen Finger gerührt, um den Wortbruch zu stoppen. Das zeigt, wie unglaublich die Beteuerungen sind, nach der kommenden Bundestagswahl nicht mit der Linkspartei zusammenarbeiten zu wollen.

Wir fordern die Führung der Bundes-SPD auf, das Chaos in Hessen zu beenden und ihre dortigen Parteifreunde zur Einhaltung demokrati-

scher Spielregeln beim Umgang mit den vier Landtagsabgeordneten zu bewegen. Im bevorstehenden Wahlkampf werden wir Ministerpräsident Roland Koch und die hessische CDU mit voller Kraft unterstützen.

Erbschaftsteuer reformiert – Eigentumsrechte gestärkt:

Nach intensiven Verhandlungen haben wir uns mit unserem Koalitionspartner auf die Neuregelung der Erbschaftsteuer verständigt. Dabei hat die Union ein gutes Ergebnis erreicht: Für uns war immer klar, dass die Erbschaftsteuer nicht zu untragbaren Belastungen für Familienunternehmen und Eigentümer selbstgenutzter Immobilien führen darf. Insbesondere musste vermieden werden, dass Ehepartner oder Kinder Verstorbener durch eine hohe Steuerlast gezwungen würden, aus dem selbst genutzten Wohneigentum auszuziehen. Das haben wir erreicht: Ehegatten zahlen auf selbstgenutztes Wohneigentum keine Erbschaftsteuer, für Kinder gilt das gleiche, solange eine Wohnfläche von 200 Quadratmetern nicht überschritten wird. Bei Vererbung anderer Vermögenswerte gilt für Ehepartner ein Freibetrag von 500.000 Euro, für Kinder von 400.000 Euro.

Weiterhin haben wir uns mit unserer Forderung durchgesetzt, die Erbschaftsteuer so auszugestalten, dass Erben von Familienunternehmen nicht durch die Steuerlast zum (teilweisen) Verkauf des Unternehmens gezwungen sind: Wird das Unternehmen mindestens zehn Jahre fortgeführt, entfällt die Erbschaftsteuer vollständig, vorausgesetzt, dass die Lohnsumme über diesen Zeitraum hinweg 1.000 Prozent erreicht und die Verwaltungsvermögensgrenze von 10 Prozent nicht überschritten wird. Bei einer Behaltensfrist von sieben Jahren und einer reduzierten Lohnsumme von 650 Prozent bleiben 85 Prozent erb-

schaftsteuerfrei. In beiden Fällen wurde eine „Fallbeilregelung“ vermieden. Mit diesem tragfähigen Kompromiss hat die Große Koalition erneut gezeigt, dass sie auch in schwierigen Fragen gute Lösungen finden kann.

Sicherung von Beschäftigung durch Stärkung der Wachstumskräfte:

In Anbetracht der weltweiten Abschwächung der Konjunktur sieht es die Bundesregierung jetzt als vorrangige Aufgabe an, Wachstum und Beschäftigung durch gezielte Maßnahmen zu sichern und besonders betroffenen Branchen mit sinnvollen Maßnahmen zu helfen.

Die von der Bundesregierung getroffenen Maßnahmen fördern in den Jahren 2009 und 2010 Investitionen und Aufträge von Unternehmen, privaten Haushalten und Kommunen in einer Größenordnung von rd. 50 Mrd. Euro. Darüber hinaus gewährleisteten Maßnahmen zur Sicherung der Finanzierung und Liquidität bei Unternehmen die Finanzierung von Investitionen im Umfang von gut 20 Mrd. Euro. Zusammen mit den bereits Anfang Oktober beschlossenen Entlastungen werden so in den nächsten beiden Jahren Mittel in Höhe von rd. 35 Mrd. Euro aus den öffentlichen Haushalten bereitgestellt.

Mit diesen Maßnahmen leisten wir einen substantiellen Beitrag zur Verhinderung einer tiefgreifenden wirtschaftlichen Schwäche und stärken zugleich die längerfristig wirksamen Wachstumskräfte.

Neue Impulse für die Transatlantischen Beziehungen

Den Wahlsieg von Barack Obama haben wir mit großer Aufmerksamkeit verfolgt. Amerika hatte die Wahl zwischen zwei hervorragenden Kandidaten. Dass mit Obama nun der erste Schwarze in den USA zum Präsidenten gewählt wurde, macht diese Wahl zu einem Ereignis mit historischer Dimension. Er drückt den Wunsch vieler Amerikaner nach Veränderung aus. Dieser Wandel wird auch Auswirkungen auf die internationalen Beziehungen haben, und wir erwarten neue Impulse für die transatlantischen Beziehungen.

Die Aufgaben, denen sich Europa und die Vereinigten Staaten gegenüber sehen, sind enorm: Klimawandel, Finanzkrise, Einsatz von Streitkräften zur Verteidigung von Demokratie und Bekämpfung von Terror. Für die Lösung dieser Probleme benötigen wir ein starkes Amerika, ebenso wie ein handlungsfähiges Europa. Wir werden mit den USA in Zukunft wieder interes-

sante, manchmal auch schwierige Diskussionen erleben und freuen uns auf eine vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Marktwirtschaft stärken – Finanzmarkt regulieren:

Freitag und Samstag findet in Washington der „Weltfinanzgipfel“ statt. Die weltweite Finanzkrise hat gezeigt, dass die Selbstregulierungsmechanismen des Marktes nicht ausreichen, um eine schwere Krise des internationalen Finanzsystems zu verhindern. Deshalb muss es nun darum gehen, die Krise zu überwinden und eine Wiederholung auszuschließen. Durch konkrete staatliche Regulierungsvorschriften müssen wir dem Finanzsystem dauerhaft die Stabilität zurückgeben, die es als Rückgrat der Realwirtschaft benötigt. Dabei ist klar: Nur ein international abgestimmtes Vorgehen kann auf einem international vernetzten Finanzmarkt künftige Krisen verhindern.

Klar ist aber auch: Der Staat kann den Markt nicht ersetzen. Die Marktwirtschaft ist das erfolgreichste Wirtschaftssystem in der Geschichte. Aufgabe der Politik ist es, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass dies auch weiterhin so bleibt. Zentrale Bestandteile einer verbesserten Regulierung müssen eine angemessene Aufsicht für Ratingagenturen und die internationale Harmonisierung von Eigenkapital- und Rechnungslegungsstandards sein. Unser Ziel ist, die Finanzmärkte nachhaltig zu stabilisieren, um die Soziale Marktwirtschaft auch international zukunftsfest zu machen.

Zu guter Letzt:

CDU/CSU genießen hohes Vertrauen in der Bevölkerung:

Im Zuge der Finanzmarktkrise ist die Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger mit der unionsgeführten Bundesregierung gestiegen. Auf einer Skala von -5 bis +5 wurde die Leistung des Kabinetts mit 0,3 bewertet. Dabei schneiden CDU und CSU mit 0,3 besser ab als die SPD mit 0,2. Deutlich ist der Vorsprung vor den Oppositionsparteien: Während die FDP mit 0,1 noch recht gut abschneidet, erhalten Grüne und Linkspartei mit -0,2 und -1,9 negative Bewertungen.

Besonders positiv wird die Arbeit von Bundeskanzlerin Angela Merkel beurteilt: 79 Prozent der Befragten haben eine gute Meinung von ihr, lediglich 17 Prozent stellen ihr ein schlechtes Zeugnis aus.

(Quelle: Forschungsgruppe Wahlen)